

Inhalt

Vorwort — XV

A. Eröffnungsverfahren — 1

- I. Insolvenzgericht — 1
 - 1. Gerichtsstandbestimmung — 1
 - 2. Zustimmungsvorbehalt im Eröffnungsverfahren und Überweisungen des Schuldners — 3
- II. Der vorläufige Insolvenzverwalter — 6
 - 1. Vertrauensschutzes eines Gläubigers bei Erfüllung von Altverbindlichkeiten — 6
 - 2. Wahrnehmung der Arbeitgeberfunktionen durch vorläufigen Zustimmungsverwalter und Anfechtung der Zahlung von Sozialversicherungsbeiträgen — 8
- III. Eröffnungsgründe — 10
 - 1. Voraussetzungen der Fortführung des Insolvenzverfahrens trotz Erfüllung der Forderung — 10
 - 2. Berücksichtigung von Steuerschulden bei der Prüfung der Zahlungsunfähigkeit — 12
- IV. Frist für die Beschwerde des Schuldners gegen die Eröffnung des Insolvenzverfahrens — 15
- V. Unterbrechungswirkung vorläufiger Anordnungen des Insolvenzgerichts — 16

B. Eröffnetes Insolvenzverfahren — 18

- I. Allgemeine Wirkungen der Verfahrenseröffnung — 18
 - 1. Wirksamkeit von Zweitabtretungen — 18
 - 2. Wirksamkeit der Abtretung künftiger, nach Insolvenzeröffnung entstehender Forderungen infolge Konvaleszenz — 20
 - 3. Wirksamkeit der Vorausabtretung von Forderungen — 22
 - 4. Pfändung des Anspruchs des Schuldners auf Aufhebung der Gemeinschaft — 23
- II. Prozessuelles — 24
 - 1. Gerichtsstandsbestimmung trotz Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen einer Partei — 24
 - 2. Aufnahme eines Rechtsstreits zur Feststellung einer zur Insolvenztabelle angemeldeten Forderung — 25

3. Zulässigkeit der Teilaufnahme eines nach § 240 ZPO unterbrochenen Rechtsstreits — **26**
 4. Aufnahme unterbrochenen Rechtsstreits durch Insolvenzgläubiger — **27**
 5. Unterbrechung des Verfahrens der Abgabe der eidesstattlichen Versicherung — **29**
 6. Unterbrechung des Patentnichtigkeitsverfahrens — **29**
 7. Hemmung der Verjährung der Ansprüche aus existenzvernichtender Haftung und Anfechtung — **30**
 8. Bindung des Insolvenzverwalters an die Schiedsabrede wegen der sicherungsbedienten Forderung — **32**
 9. Schiedsverfahren und Insolvenz — **34**
 10. Prozessführungsbefugnis des Insolvenzverwalters — **35**
- III. Insolvenzmasse — 37**
1. Hinterlegte Beträge aus der Abrechnung von Lebensversicherungen — **37**
 2. Massezugehörigkeit des Nachlasses — **38**
 3. Nichtzahlung zweckgebundener Mittel in der Insolvenz des Zahlungsschuldners — **40**
 4. Dinglicher Arrest und Insolvenzbeschlag: strafprozessuale Rückgewinnungshilfe — **40**
 5. Dinglicher Arrest gegen die Insolvenzschuldnerin nach Eröffnung des Verfahrens über ihr Vermögen — **42**
 6. Neuerwerb und Pfändungsschutz — **44**
 7. Beschlagfreier Neuerwerb in der Insolvenz Selbständiger — **45**
 8. Pfändungsschutz für eigenständig erwirtschaftete Einkünfte und Massezugehörigkeit — **46**
 9. Löschung des Insolvenzvermerks im Grundbuch — **47**
 10. Reichweite des Insolvenzbeschlags — **48**
 11. Massezugehörigkeit kassenärztlicher Zulassungen? — **49**
 12. Massezugehörigkeit von Berufsunfähigkeitsrenten — **54**
 13. Massezugehörigkeit des Eigengeldes des Strafgefangenen — **55**
 14. Verschleierte Arbeitseinkommen — **57**
 15. P-Konto — **58**
 16. Massezugehörigkeit (Pfändbarkeit) von Informationsrechten des GmbH-Gesellschafters — **59**
 17. Prozessführungsbefugnis nach § 93 InsO — **60**
 18. Prozesskostenhilfe — **60**
 19. Erfolgsaussichten der Prozessführung des Insolvenzverwalters — **63**

20. Rechtsweg für Anspruch des Insolvenzverwalters auf Einsicht von Akten der Verwaltung — 63
IV. Das Insolvenzgericht — 64
1. Amtsermittlungspflichten bei der Flucht des Schuldners — 64
2. Überführung des Verbraucherinsolvenzverfahrens in Regelinsolvenzverfahren — 66
3. Sonderinsolvenzverfahren bei vollbeendigter zweigliedriger KG — 67
V. Vertragsbeziehungen des Insolvenzschuldners — 70
1. Unwirksamkeit insolvenzbedingter Lösungsklauseln — 70
2. Erfüllungsablehnung beim Grundstückskaufvertrag — 71
3. Reichweite der Kündigung von gewerblichen Mietverhältnissen — 73
4. Private Krankenversicherungsverträge des Schuldners — 74
5. Enthaftungserklärung nach § 109 Abs. 1 S. 2 InsO — 76
6. Enthaftungserklärung nach § 109 Abs. 1 S. 2 InsO (Nebenkosten) — 77
7. Keine Billigkeitskontrolle der Kündigung nach § 113 InsO — 79
VI. Rechtsstellung des Insolvenzverwalters — 80
1. Immissionsrechtliche Störereigenschaft des Insolvenzverwalters — 80
2. Sachwalter als vorinsolvenzlicher Sanierungsberater — 81
3. Kein Auskunftsanspruch des Verwalters gegen den Notar bei Grundstücksverkehrsgeschäften des Schuldners — 82
4. Reichweite des § 160 InsO — 83
5. Untreue des Insolvenzverwalters — 85
6. Berufsrecht des Insolvenzverwalters — 85
7. Antrag auf Aufhebung der Einsetzung eines Sonderinsolvenzverwalters — 86
8. Bindung des Insolvenzverwalters an Satzungsänderungen — 87
9. Kanzleiabwickler und Insolvenzverwalter im Rechtsanwalts-Insolvenzverfahren — 88
10. Pflicht des Insolvenzverwalters zur zinsgünstigen Anlegung von Geldern — 89
11. Anspruch nach § 166 HGB in der Insolvenz der Gesellschaft — 90
VII. Schadenersatzforderungen der Masse wegen schädigenden Verhaltens Dritter im Vorfeld des Insolvenzverfahrens — 92
1. Verjährung des Anspruch aus existenzvernichtenden Eingriff — 92

2. Hinweispflicht des Steuerberaters wegen Insolvenzgefahr — 94
 3. Haftung und Parteieigenschaft bei Ausgliederung — 95
 4. Anforderungen an den Sachverhaltsvortrag bei schadenersatzrechtlicher Inanspruchnahme eines Steuerberaters — 96
- C. Rechtsstellung der Gläubiger — 97**
- I. Organe der verfassten Gläubigerautonomie — 97
 1. Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses — 97
 2. Unverhältnismäßigkeit der Einsetzung eines vorläufigen Gläubigerausschusses — 98
 - II. Insolvenzforderungen — 98
 1. Insolvenzrechtlicher Rang sogenannter atypisch stiller Gesellschafter — 98
 2. Vergütungsansprüche der Arbeitnehmer aus einem Sanierungstarifvertrag als Insolvenzforderungen — 99
 3. Kostenerstattungsanspruch — 100
 4. Forderung eines Anlegers in der Insolvenz des Unternehmens — 101
 - III. Masseverbindlichkeiten — 102
 1. Kostenfestsetzungsverfahren bei Masseunzulänglichkeit — 102
 2. Keine Masseverbindlichkeit der Kraftfahrzeugsteuer — 102
 3. Gleichrangigkeit von Gerichtskosten und Insolvenzverwaltervergütung bei Masseunzulänglichkeit — 103
 - IV. Aus- und Absonderung — 103
 1. Anmeldung von Ansprüchen und § 1179a Abs. 1 S. 1 und S. 3 BGB — 103
 2. Löschung einer Sicherungshypothek – insolvenzrechtliche Rückschlagsperre — 105
 3. Erteilung einer auf § 166 Abs. 2 InsO gestützten Einziehungsermächtigung an Dritte — 107
 4. Zurückbehaltungsrecht wegen eines Anspruchs auf insolvenzfeste Anlage der Barkaution — 108
 5. Ausübung des Leistungsverweigerungsrechts nach § 320 BGB durch den Insolvenzschuldner — 108
 6. Einziehung einer verpfändeten Forderung bei nichtfälliger Hauptforderung — 111
 7. Voraussetzungen einer Sicherungsübereignung — 112
 8. Vorrecht der WEG-Gemeinschaft nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 ZVG — 114

9.	Haftung des Zessionars für nicht abgeführt Umsatzsteuer —	116
10.	Konsignationslagerverträge —	117
11.	Raumsicherungsvertrag —	119
12.	Auskehr des Verwertungserlöses nach § 170 InsO —	121
13.	Eigentumsvorbehalt als Aussonderungsrecht —	122
V.	Aufrechnung —	124
1.	Aufrechnung von Forderungen gegen den insolventen Vertragshändler mit Ausgleichsansprüchen nach § 89b HGB —	124
2.	Aufrechnung von rückständigen Gehaltsansprüchen des Geschäftsführers gegen dessen Inanspruchnahme aus § 64 S. 1 GmbHG —	126
3.	Aufrechnung des Insolvenzverwalters mit massezugehöriger Forderung gegen Insolvenzforderung —	127
VI.	Verteilungsverfahren —	130
1.	Nachweis rechtzeitiger Klageerhebung —	130
2.	Bekanntgabe des Verteilungsverzeichnisses —	131
3.	Voraussetzungen einer Nachtragsverteilung —	132
D.	Insolvenzanfechtung —	134
I.	Ausgewählte Fragestellungen —	134
1.	Durchführung des Anfechtungsanspruch auf Rückübertragung eines Erbbaurechts —	134
2.	Übergang des Anfechtungsrechts des Gläubigers auf den Insolvenzverwalter —	135
3.	Abtretung von Anfechtungsansprüchen —	136
4.	Maßgeblicher Zeitpunkt bei der Anfechtung der Lastschriftbuchung —	137
5.	Wissenszurechnung bei der Insolvenzanfechtung —	138
6.	Anfechtungsrecht im Zweitverfahren bei Verfristung oder Verjährung des Anfechtungsanspruchs im Erstverfahren —	139
7.	Rentenversicherungsverträge für Arbeitnehmer —	140
8.	Deckungsanfechtung ist zulässige Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums —	141
9.	Anfechtung von Rechtshandlungen des eigenverwaltenden Schuldners —	141
10.	Ist die Anfechtbarkeit von Zahlungen, die der Schuldner im Schutzschildverfahren vorgenommen hat, davon abhängig, dass keine Ermächtigung nach § 270b Abs. 3 InsO vorliegt? —	143

- II. Gläubigerbenachteiligung — 144
 - 1. Bewirkung der Überweisung als Rechtshandlung — 144
 - 2. Gläubigerbenachteiligung durch Abtretung künftiger Ruhegehaltsansprüche — 145
 - 3. Benachteiligung nicht nachrangiger Gläubiger erforderlich — 147
 - 4. Gläubigerbenachteiligende Leistungen von Konto des Vaters — 147
 - 5. Anfechtung der Befriedigung aus abgetretener Forderung — 149
 - 6. Insolvenzanfechtung der Direktzahlung des Bauherrn an den Lieferanten — 151
- III. Inkongruenz – und Kongruenzanfechtung — 153
 - 1. AGB und Lastschrifteinzug — 153
 - 2. Werthaltigmachen von Werklohnansprüchen — 154
 - 3. Inkongruenzanfechtung bei Androhung der Fremdantragsstellung — 155
- IV. Schenkungsanfechtung — 155
 - 1. Relevanter Zeitpunkt bei der Schenkungsanfechtung bei unwiderruflichem Bezugsrecht aus Lebensversicherung — 155
 - 2. Anfechtbarkeit von Prämienzahlungen auf eine sicherungshalber abgetretene Lebensversicherung — 156
 - 3. Schenkungsanfechtung der Ausschüttung von Scheingewinnen — 158
- V. Vorsatzanfechtung — 159
 - 1. Eigene Rechtshandlung des Schuldners bei Hingabe von Geldern, die er vor dem Gerichtsvollzieher verborgen hatte — 159
 - 2. Anfechtung von Zahlungen an den Steuerberater wegen laufender Buchhaltungs- und Kontierungsarbeiten — 160
 - 3. Vorsatzanfechtung wegen zur gesetzlichen Krankenversicherung vom Arbeitgeber als Leistungsmittler abgeföhrter Beiträge — 161
 - 4. Kenntnis des Anfechtungsgegners vom Benachteiligungsvorsatz des Schuldners — 162
 - 5. Vorsatzanfechtung gegenüber dem Leistungsmittler — 164
 - 6. Vorsatzanfechtung gegen Versicherungsmakler als zweitem Leistungsmittler — 166
 - 7. Kenntnis des Anfechtungsgegners vom Benachteiligungsvorsatz des Schuldners — 168
 - 8. Einschränkung von Inkongruenz als Beweiszeichen — 169
 - 9. Einschränkung von Inkongruenz als Beweisanzeichen (2) — 172
 - 10. Benachteiligungsabsicht bei Gläubigeranfechtung — 174

VI. Anfechtung gegenüber Gesellschaftern und diesen Gleichgestellten — 176	
1. Abtretung der Darlehensforderung eines Gesellschafters gegen die Gesellschaft — 176	
2. Anfechtung nach § 135 Abs. 1 InsO — 177	
3. Gesellschafterdarlehen — 180	
4. „Stehengelassene“ Gehaltsforderungen des Arbeitnehmers als Gesellschafter der Insolvenzschuldnerin — 181	
VII. Bargeschäft — 182	
1. Haftung des Sanierers und Bargeschäft — 182	
2. Bargeschäft und Vorleistungspflicht des Arbeitnehmers — 182	
VIII. Ermittlung der Zahlungsunfähigkeit — 183	
1. Retrograde Ermittlung der Zahlungsunfähigkeit: Ratenzahlungsplan — 183	
2. Retrograde Ermittlung der Zahlungsunfähigkeit: Stundung — 185	
3. Retrograde Ermittlung der Zahlungsunfähigkeit — 185	
4. Retrograde Ermittlung der Zahlungsunfähigkeit (2) — 187	
IX. Prozessuale Fragen im Anfechtungsrecht — 189	
1. Rechtsweg für Anfechtungsklagen — 189	
2. Gegner der Deckungsanfechtung — 189	
 E. Insolvenzplan — 191	
I. Ausgewählte Fragestellungen — 191	
1. Fortdauer der Bürgenhaftung nach Bestätigung eines Insolvenzplans — 191	
2. Erklärungen nach § 230 InsO — 192	
3. Vergleichsrechnung und Zurückweisung des Insolvenzplans nach § 231 InsO — 192	
II. Prozessführungsbefugnis nach planbedingter Verfahrensaufhebung — 193	
1. Befugnis des Planüberwachters zur Führung von Anfechtungsprozessen — 193	
2. Rechtshängigkeit von Forderungen, die der bisherige Verwalter nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens nach Planbestätigung noch prozessual verfolgen soll — 194	
3. Prozessführungsbefugnis des planüberwachenden Sachwalters — 198	

F. Eigenverwaltung — 201

I. Eröffnungsverfahren — 201

1. Veröffentlichungen von Anordnungen gem. § 270b InsO — 201
2. Voraussetzungen der Anordnung der Eigenverwaltung — 201
3. Zeitpunkt der Nachteilsprognose bei Antrag auf Anordnung der Eigenverwaltung — 202
4. Wohl vorbereitete Insolvenzanträge — 205
5. Gesellschafterkonflikte in der Eigenverwaltung — 207
6. Ungenügender Eigenantrag — 209
7. Antrag nach § 270b InsO — 211
8. Keine Beschwerdebefugnis des Insolvenzschuldners gegen Anordnung der Sonderinsolvenzverwaltung — 211

II. Ermächtigung zur Begründung von Masseverbindlichkeiten — 213

1. Keine Rechtsbeschwerde gegen die Versagung einer beantragten Ermächtigung — 213
2. An den Schuldner während der vorläufigen Eigenverwaltung erbrachte Dienstleistungen — 217
3. Ermächtigung zur Begründung von Masseverbindlichkeiten im vorläufigen Eigenverwaltungsverfahren — 218

III. Eigenverwaltung und Prozessführung — 220

1. Aufnahme von Rechtsstreitigkeiten durch eigenverwaltenden Schuldner — 220
2. § 270a InsO führt noch nicht zur Unterbrechung des Verfahrens nach § 240 ZPO — 221
3. Eigenverwaltung und PKH — 221

G. Restschuldbefreiung — 223

- I. Anmeldung von Deliktsforderungen — 223
- II. Ankündigung der Restschuldbefreiung — 224

H. Vergütungsrecht — 226

I. Ausgewählte Fragestellungen — 226

1. Vergütung der Mitglieder des (vorläufigen) Gläubigerausschusses — 226
2. Vergütung des (vorläufigen) Sachwalters — 226
3. Verzinsung des Erstattungsanspruchs nach Aufhebung des Vergütungsbeschlusses — 228
4. Keine Rückwirkung der Änderung der Vergütungsvorschriften — 229

II.	Berechnungsgrundlage der Vergütung — 229
1.	Einbeziehung des Wertes sicherungsbedienter Forderungen in die Berechnungsgrundlage — 229
2.	Vergütung und Nachtragsverteilung — 231
III.	Gründe für Vergütungsabschläge und -zuschläge — 232
1.	Zuschlag zum Degressionsausgleich — 232
2.	Erstattung des Sach- und Personalaufwandes für Zustellungen — 233
3.	Korrektur „zu hoher“ Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters — 234
IV.	Rechtsmittel gegen Vergütungsfestsetzung — 236
1.	Voraussetzung der sofortigen Beschwerde des Schuldners — 236
2.	Beschwerdebefugnis des Masseschuldners gegen die Festsetzung der Verwaltervergütung — 236
V.	Uneinbringlichkeit der Vergütung — 237
1.	Risiko der Uneinbringlichkeit seiner Vergütung beim vorläufigen Insolvenzverwalter — 237
2.	Treuhändervergütung bei unterbliebener Entscheidung über Verfahrenskostenstundung — 238
3.	Subsidiärhaftung des Staates für die Verfahrenskosten — 239
I.	Internationales Insolvenzrecht — 242
I.	Zuständigkeitsfragen — 242
1.	Der Begriff der Niederlassung nach Art. 2 lit. h EulnsVO — 242
2.	Internationale Zuständigkeit deutscher Arbeitsgerichte — 243
3.	Internationale Zuständigkeit für Insolvenzanfechtungsklagen — 244
II.	Internationale Geltung der Verfahrenseröffnung — 246
1.	Voraussetzung der europäisch-internationalen Anerkennung von Insolvenzverfahren in einem Mitgliedsstaat — 246
2.	Feststellung der Unterbrechungswirkung durch Eröffnung des Insolvenzverfahrens durch ein ausländisches Gericht — 247
3.	Reichweite des Art. 24 EulnsVO — 249
4.	Befreiende Leistung an den Schuldner nach Art. 24 EulnsVO — 250
5.	Insolvenzanfechtung, Art. 13 EulnsVO — 251
6.	Gelöschte vermögenslose Limited — 252